

Inhalt der Sitzung vom 14.04.2009

TOP Ö 1 Umsetzung des Konjunkturpakets II mit Festlegung der Maßnahmen, Bewilligung der außerplanmäßigen Ausgaben und Erhöhung der Bewirtschaftungsbefugnis des Bürgermeisters für diese Maßnahmen

Gemäß dem Schreiben des Finanzministeriums kann die Gemeinde voraussichtlich mit folgenden Zuschüssen max. rechnen:

- Bildungspauschale 196.000 €
- Infrastrukturpauschale 97.000 €

Zweck der Förderung ist überwiegend die Einsparung von Energie durch die energetische Sanierung unmittelbarer oder mittelbarer öffentlicher Gebäude in Kommunen. Hierbei ist die Energieeinsparverordnung 2007 bzw. 2009 einzuhalten.

Der Eigenanteil der Gemeinden beträgt mindestens 25 % der förderfähigen Kosten der betreffenden Maßnahmen. Die Bildungspauschale kann z. B. für Schulen, Sportstätten, Kindergärten verwendet werden. Bei Sportstätten muss der Anteil der Schülernutzung überwiegen.

Die Infrastrukturpauschale kann z. B. für kommunale (Sport-)Hallen und Leuchtkörper der Straßenbeleuchtung eingesetzt werden.

Bei der Verwendung der beiden Pauschalen muss die energetische Sanierung (Wärmedämmung, Erneuerung Fenster, Fassade, Türen...) im Vordergrund stehen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung lautete dementsprechend wie folgt:

1. Der Gemeinderat stimmt der obigen Festlegung der Maßnahmen zur Anmeldung für das Konjunkturprogramm II für die Bildungspauschale (168.000 €) und für die Infrastrukturpauschale (220.000 €) zu.
2. Die Mittel für die Friedrichschule in Höhe von 236.000 € werden außerplanmäßig bei der Haushaltsstelle 2.2110.940000.001 zur Verfügung gestellt.
Die Mittel für die Humboldtschule in Höhe von 132.000 € werden außerplanmäßig bei der Haushaltsstelle 2.2150.940000.001 bereitgestellt.
Die Mittel für die Mehrzweckhalle in Höhe von 220.000 € werden außerplanmäßig bei der Haushaltsstelle 2.5610.940000.001 genehmigt.
Die Deckung für all diese außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch Mehreinnahmen aus dem Konjunkturprogramm II bzw. aus einer weiteren Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.

Der Bürgermeister ist für die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 15.000 € im Einzelfall zuständig.

Es ist zu erwarten, dass viele Städte und Gemeinden die Fördermöglichkeiten der aktuellen Konjunkturprogramme nutzen und insbesondere im Schulbereich energetische Sanierungen durchführen. Dadurch werden die Handwerksfirmen mit kommunalen Ausschreibungen überhäuft und sich aufgrund von daraus resultierenden Kapazitätsengpässen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr an den Ausschreibungen beteiligen können. Es sind auch Kostensteigerungen zu befürchten. Die zeitlich begrenzte Möglichkeit der Durchführung vieler

Baumaßnahmen in den Schulferien wird den Druck auf die Handwerksfirmen erhöhen. Es liegt daher auf der Hand, dass eine schnelle Entscheidung über eine Auftragserteilung von maßgeblicher Bedeutung sein kann, ob eine Baumaßnahme dieses Jahr noch zur Ausführung kommt.

Die Verwaltung schlug aufgrund der Dringlichkeit unter Punkt 3.) daher vor, die Bewirtschaftungsbefugnis (inkl. Ausschreibung und Vergabe) für die betreffenden Maßnahmen für das Jahr 2009 dem Bürgermeister zu übertragen.

GRat Karl Schleich (CDU) befand, dass man so schnell wie möglich zugreifen sollte. Er regte einen Beitrag der Gemeinde im Rahmen eines eigenen Konjunkturprogramms an. Dies sei in Form einer Wiederaufnahme der Umweltförderrichtlinien möglich. Ein evtl. Umweltförderprogramm könne man im Ausschuss für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten vorberaten.

Auf seine Frage nach evtl. Fördermitteln für die Sanierung des Ev. Kindergartens, erklärte Bürgermeister Schmitt, dass die Erneuerung der Flurfenster zurückgestellt werden müsse, da diese Maßnahme nur unter dem Vorbehalt einer Zuschussgewährung möglich gewesen wäre. Mit Pfarrer Schäfer werde er dies abklären.

GRat Gerhard Waldecker (PL) stellte fest, dass erhebliche Sanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 1,4 Mio Euro anstünden. Eine dringende Umsetzung sei notwendig.

GRat Dieter Schneider (SPD) bedauerte, dass man nur einmal den Zuschuss erhalte. Die Verbesserung der baulichen Verhältnisse und die energetischen Maßnahmen seien dringend erforderlich. Der Vorschlag der CDU-Fraktion für ein Umweltprogramm wurde von ihm begrüßt.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezweifelte, ob das Konjunkturprogramm hilft. Jedenfalls bringe es eine günstigere Finanzierung der Maßnahmen für die Gemeinde mit sich. Er lobte die Fleißarbeit der Verwaltung.

Auf seine Frage nach dem Eigenanteil der Gemeinde, bezifferte Bürgermeister Schmitt diesen – großzügig gerechnet – auf ca. 290.000 €.

GRat Hohl (GLP) konnte den Beschluss vom 16.03.2009 bezüglich des Ev. Kindergartens nicht nachvollziehen. Weiterhin wollte er wissen, ob auch Zuschüsse für die Sanierung von Sportstätten z. B. der Dr. Erwin-Senn-Halle gewährt werden.

Der Bürgermeister antwortete, dass es Fördermittel nur für gemeindeeigene bzw. für in Trägerschaft der Gemeinde stehende Einrichtungen gebe. Andere Zuschüsse seien nur über den Sportbund möglich, wobei auch evtl. günstige Kreditkonditionen erlangt werden könnten.

GRat Hohl (GLP) war schließlich der Auffassung, dass die Übertragung der Bewirtschaftungsbefugnis auf den Bürgermeister die Kontrolle des Gemeinderates beschneiden würde. Er äußerte hierzu kritischen Widerspruch, sah einen möglichen Präzedenzfall und lehnte daher den Punkt 3.) des Beschlussvorschlags der Verwaltung ab.

Bürgermeister Schmitt erläuterte, dass nach der Ausschreibung sofort die Auftragsvergabe erfolgen könne und somit ein gesonderter Gemeinderatsbeschluss entfielen. Nach der erfolgten Zuschussgewährung werde umgehend ausgeschrieben, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) bat um die Berücksichtigung von örtlichen Firmen bei der Ausschreibung.

GRat Oskar Sessler (CDU) fragte, ob ein sofortiger Beginn der Maßnahmen möglich sei.

Dies wurde vom Bürgermeister bestätigt.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu den Punkten 1.) und 2.) wurde einstimmig zugestimmt. Bei Punkt 3.) stimmte das Gremium mehrheitlich, bei einer Gegenstimme von GRat Hohl (GLP), dem Verwaltungsvorschlag zu.